



ONLINE

DOSSIER

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Juni 2008

www.kas.de

www.kas.de/6020

Jubiläen für Einheit und Freiheit – Unser Arbeitsschwerpunkt

WEICHENSTELLUNGEN IN DIE ZUKUNFT

Am 23. Mai 1949, dem Tag der Unterzeichnung des Grundgesetzes, erklang im Bonner Museum Koenig das Lied „Ich hab mich ergeben mit Herz und mit Hand“. Die unsichere Stimme, mit der manch Abgeordnete oder Abgeordneter des Parlamentarischen Rates das Lied anstimmte, spiegelte ein wenig von der Ungewissheit wider, die fast alle Beteiligten beim Gedanken an die folgenden Jahre erfasst haben mochte.

Vier Jahre erst war es her, als die Kapitulation der deutschen Wehrmacht einen Krieg beendete, der Deutschland materiell und moralisch in Trümmer gelegt hatte. Kaum jemand mag damals auf so etwas wie eine Zukunft gehofft haben. Kaum jemand mag damals Begriffe wie Demokratie, Rechtsstaat und wirtschaftliche Prosperität mit einem Land verbunden haben, das seinen Nachbarn ausschließlich als besiegter Feindstaat galt und das die Hypothek eines in der Tat einzigartigen Menschheitsverbrechens zu tragen hatte.

Und doch stand jener 23. Mai 1949 am Beginn einer Epoche, die mit Fug und Recht als die besten Jahre der deutschen Geschichte bezeichnet werden. Sicherlich hat das Paradigma von der „Erfolgsgeschichte“ in der wissenschaftlichen Diskussion erste Risse erhalten, enthielt es am Ende wohl doch eine Prise zuviel Fortschrittsoptimismus. Allerdings bezieht sich diese Skepsis nicht auf das Erreichte, sondern auf die dauerhafte Sicherung des Erreichten. Die Funktionsfähigkeit unseres Sozialstaates und der Umgang mit den Fragen der Einwanderung sind nur zwei Felder, auf denen Lösungen erst noch erarbeitet werden müssen. Diese Arbeit sind wir nicht nur uns selbst, sondern auch all jenen schuldig, die nach 1945

daran gegangen sind, auf den Trümmern des Krieges ein neues, modernes Staatswesen zu schaffen.

Die Idee der Christlichen Demokratie

Die Konrad-Adenauer-Stiftung nimmt das 60jährige Gründungsjubiläum zum Anlass, um nicht nur an den Erfolg, sondern auch an die Fundamente zu erinnern, auf denen er möglich wurde. Sie möchte ferner an jene Idee erinnern, die einen entscheidenden Anteil am Aufbau der jungen Bundesrepublik besitzt und sie bis heute prägt: an die Idee der Christlichen Demokratie.

Weshalb ist es heute, sechzig Jahre später, wichtig, dass wir an diese Idee erinnern? Der rasche Wiederaufbau und die grundlegenden politischen Weichenstellungen der jungen Bundesrepublik lassen sich nicht allein mit den Leistungen der damals handelnden Persönlichkeiten erklären. So ist die Geschichte der Bundesrepublik untrennbar mit dem Namen ihres ersten Kanzlers, Konrad Adenauer, verbunden. Entscheidend für seinen Erfolg waren jedoch nicht jene Eigenschaften, die ihn zweifellos ausgezeichnet haben: Führungsstärke, taktisches Geschick, die ausgeprägte Fähigkeit, realistische Politik zu betreiben. Es ist vielmehr das christlich-abendländische Fundament, auf dem Adenauers weltanschauliche Prägung beruhte und das den Orientierungsrahmen für sein ganz konkretes politisches Handeln, für die Gestaltung der bundesrepublikanischen Gesellschaft bildete. Es ist die Christliche Demokratie, hinter der eine konsistente politische Idee und ein umfassendes Gesellschaftsbild stehen.

Die großen Traditionen des Westens, das Christentum, das Judentum und der Humanismus der griechisch-römischen Antike, waren die Grundlage des Bekenntnisses zum Wert des Einzelnen und zu einer sittlichen Welt-



Konrad
Adenauer
Stiftung



ordnung – einer Ordnung, in der auch das zerstörte und durch die in deutschem Namen und von Deutschen begangenen Untaten geächtete Deutschland eines Tages wieder seinen Platz finden sollte. Es ging darum, die deutsche Gesellschaft nach innen und nach außen zu befrieden – Voraussetzung dafür, die Bundesrepublik in den Kreis der freiheitlich-demokratischen Staaten zurückzuführen und Spielräume für politisches Handeln überhaupt erst wieder zu eröffnen.

Westintegration und europäische Einigung. Die Rückkehr in den Kreis der freiheitlich-demokratischen Staaten

Die grundlegende außenpolitische Weichenstellung, die mit diesem Ziel verbunden war, ist die Politik der Westintegration und der europäischen Einigung. Sie ist für viele längst eine Selbstverständlichkeit geworden. Und doch lohnt es, an sie zu erinnern in einer Zeit, in der mancher – auch in Deutschland – sich damit hervortut, andere westliche Kulturen, etwa die amerikanische oder die britische Zivilisation, als kulturfeindlich zu bezeichnen. Westintegration und europäische Einigung haben zur Aussöhnung Deutschland mit Frankreich geführt. Zur Rückkehr in den Kreis der freiheitlich-demokratischen Staaten gehören aber auch die Verständigung Konrad Adenauers mit David Ben Gurion und die Bemühungen der Bundesrepublik um Wiedergutmachung gegenüber den Juden. Diese – im Osten Deutschland bis heute mitunter missverständene – Politik war es, die langfristig die Voraussetzung für die deutsche Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit und im Einklang mit den Interessen unserer Nachbarn geschaffen hat.

Die Soziale Marktwirtschaft

Mit der äußeren Befriedung der neu entstehenden Bundesrepublik musste die innere einhergehen. Dabei erforderte eine stabile – an christlichen Grundsätzen orientierte – Ordnung die Überwindung von Gegensätzen: die Überwindung des Konfessionsgegensatzes zwischen Protestanten und Katholiken durch den Aufbau einer neuen, modernen ökumenischen Volkspartei und die Überwindung der Klassenkampffronten der Weimarer Zeit, die keineswegs ausgeräumt, sondern durch die totalitäre Herrschaftsordnung der Nationalsozialisten lediglich überdeckt worden waren. Auch auf diesem Feld ist die Grundentscheidung der jungen Bundesrepublik nicht zu erklären ohne jenen Kompass, den die christlich-abendländische Tradition bot. Auf der Suche nach einer schlüssigen Wirtschafts- und Sozialordnung ließen sich Konrad Adenauer und seine Mitstreiter nicht von theoretischen Erwägungen oder – wie viele ihrer Zeitgenossen es taten – von utopischen Hoffnungen tragen, wie dem nach 1945 häufig diskutierten Gedanken, es müsse doch

einen Weg geben zwischen der als verheerend empfundenen Wirtschaftsordnung der Weimarer Zeit und dem Sozialismus, der von Osten her auf die Mitte des Kontinents zurollte. Wieder war es das Koordinatensystem der Christlichen Demokratie, das die Unionsparteien leitete, als sie sich für ein neues Konzept, für das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft entschieden: die zweite entscheidende Weichenstellung der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte.

Der Blick für den Wert des Einzelnen, das Vertrauen in seine Fähigkeiten und der feste Wille, diese zur Entfaltung zu ermutigen, bildeten einen Eckpunkt dieses Koordinatensystems, die Wertschätzung solidarischer Hilfe, die viele Verfolgte zwischen 1933 und 1945 erfahren hatten, den zweiten. Hinzu kam das Wissen um die Bedeutung der Kommunen als wichtigste Träger staatlicher Sozialleistungen und um die häufig ineffiziente Konkurrenz zentraler Planung und Lenkung. Und schließlich durfte auch eine Selbstverständlichkeit nicht vergessen werden, die manch aktuellem Träger fiskalpolitischer Entscheidungen immer wieder aus dem Blick zu geraten scheint: die Erkenntnis, dass nur eine florierende Wirtschaft die Steuereinnahmen ermöglicht, mit deren Hilfe staatliche Sozialleistungen zu finanzieren sind. Hier liegen die Gründe dafür, dass das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft auch das Lösungsmodell der Christlichen Demokraten wurde: ein Gestaltungsrahmen, in dem die Entfaltung des Einzelnen den Motor einer effizienten Wirtschaft bildet – einer Wirtschaft, die so leistungsfähig ist, dass sie Mittel für eine soziale Sicherung als subsidiäre Ergänzung bereitstellen kann.

Die Modernisierung der deutschen Gesellschaft

Die Weichenstellung der Sozialen Marktwirtschaft hat nicht nur zum beispiellosen ökonomischen Aufschwung der fünfziger Jahre und zur Erneuerung der bundesdeutschen Wirtschaft beigetragen, sie hat – wenn sich ihre Grundgedanken auch erst allmählich in anderen gesellschaftlichen Bereichen durchsetzten – noch etwas anderes bewirkt: die Transformation des deutschen Staates, des deutschen Staatsverständnisses, in eine Gesellschaft, die den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt rückt, staatliches Handeln an klaren Normen ausrichtet und damit verlässlich und kalkulierbar macht. Nach der nationalsozialistischen Diktatur war dies ein Sieg christlicher Werte, es war der politische und mentale Sieg des Bürgertums, des bürgerlichen Gesellschaftsmodells. Diese Entwicklung führte zu einem der großen Modernisierungsschübe in der deutschen Geschichte: auf dem Gebiet der Außen- und Europapolitik, bei der Gestaltung



der Wirtschafts- und Sozialordnung, auf dem Feld der Innen- und Parteipolitik.

Zwanzig Jahre Wiedervereinigung

2009 begehen wir nicht nur das sechzigjährige Gründungsjubiläum der Bundesrepublik, sondern auch den zwanzigsten Jahrestag des Falls der Mauer. Schon seit einiger Zeit deutet sich in der zeithistorischen Debatte eine neue Interpretation an, die die Liberalisierung der sechziger und siebziger Jahre als den eigentlichen zentralen Modernisierungsvorgang nach 1945 bewertet. Dies hat zur Folge, dass die Kanzlerschaft Konrad Adenauers – bei aller weiterhin positiven Beurteilung seiner persönlichen Leistungen – als eine Phase der Restauration, als Zeit einer rückwärts gewandten inneren Verfasstheit interpretiert oder umgedeutet wird. Auch die Übertreibungen und Fehler der 68er-Bewegung, die durchaus eingestanden werden, erscheinen plötzlich in einem milden Licht: als bedauerliche Begleitumstände einer notwendigen Bewegung, die erst die verkrusteten Strukturen der Adenauer-Zeit habe aufbrechen müssen.

In dem Maße aber, in dem die Modernisierungsleistung des ersten Bundeskanzlers und die Durchsetzung des bürgerlichen Gesellschaftsmodells relativiert oder gar ignoriert werden, geht der Maßstab für die Bewertung des anderen deutschen Staates verloren. Eine Umdeutung der Ära Adenauer zwingt den Betrachter geradezu in eine Äquidistanz zur DDR *und* zur Bundesrepublik und versperrt letztendlich den Blick auf die Herrschaftsstrukturen der SED-Diktatur. Handelte es sich am Ende nur um eine Diktatur, deren Repressionscharakter nicht konstitutiver Bestandteil der eigenen Herrschaftsordnung war, sondern bedauernswerter Kollateralschaden des Ost-West-Konflikts? Es gibt in Deutschland politische Kräfte, denen an einem solchen Geschichtsbild gelegen wäre, um die Idee einer sozialistischen Alternative wieder in die Diskussion zu rücken.

Die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Mit ihrer zeithistorischen Arbeit im Jubiläumsjahr 2009 wird die Konrad-Adenauer-Stiftung diese Entwicklungen aufmerksam begleiten. Sie möchte verdeutlichen, dass verloren gegangenes Vertrauen in die Politik nur durch die Neubelebung der Werte, welche die Aufbau- und die Modernisierungsleistung Christlicher Demokraten ermöglicht haben, zurück gewonnen werden kann. Es geht auch heute um die christlich-abendländische Tradition, um die Grundlagen, welche die katholische Soziallehre und die protestantische Sozialethik vermittelt haben, und um das ordnungspolitische Fundament der Sozialen Marktwirtschaft. Nur dieses klare Koordinatensystem kann die Menschen unseres Landes davon überzeugen,

einschneidende Reformen und dringend notwendige Modernisierungsmaßnahmen mitzutragen. Die Aktualität und Gültigkeit einer Politik, die auf christlichen Werten beruht, muss immer wieder neu begründet und belebt werden. Hier liegt der Schlüssel für die Rückgewinnung von Selbstbewusstsein und von Vertrauen in die Reformkraft Deutschlands.